



Aktennotiz

Datum:	19. Februar 2021
Geht an:	Schweizerische Opferhilfekonferenz (SVK-OHG)
Kopie an:	-

Aktenzeichen: 382-3423

Abklärung für SVK-OHG betr. Auslegung des neuen Art. 11 ELG i. V. m. Art. 1 OHV

1 Problematik

Um zu bestimmen, ob ein Opfer oder eine Angehörige bzw. ein Angehöriger Anspruch auf einen Beitrag für längerfristige Hilfe oder eine Entschädigung hat, bezieht sich das Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz, OHG; SR 312.5) auf den Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf sowie die Berechnung der anrechenbaren Einnahmen gemäss dem Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG; SR 831.30). Anspruch auf diese Leistungen haben nur Opfer und deren Angehörige, deren anrechenbare Einnahmen das Vierfache des Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf nach dem ELG nicht übersteigt (Art. 6 Abs. 1 OHG). Die anrechenbaren Einnahmen der anspruchsberechtigten Person berechnen sich nach Artikel 11 ELG; massgeblich sind die voraussichtlichen Einnahmen nach der Straftat (Art. 6 Abs. 2 OHG).

Das ELG und die Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (SR 831.301; ELV) sind revidiert worden. Die revidierten Erlasse sind am 1. Januar 2021 in Kraft getreten.

Auf Ersuchen der SVK-OHG soll in der vorliegenden Aktennotiz die Tragweite der Änderung von Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a ELG auf die Opferhilfe erörtert werden.

2 Gesetzesbestimmungen

2.1 Art. 11 Abs. 1 ELG

Artikel 11 Absatz 1 ELG lautet neu wie folgt. Gelb markiert sind die Änderungen der erwähnten Revision.



Art. 11 Anrechenbare Einnahmen

1 Als Einnahmen werden angerechnet:

- a. zwei Drittel der Erwerbseinkünfte in Geld oder Naturalien, soweit sie bei alleinstehenden Personen jährlich 1000 Franken und bei Ehepaaren und Personen mit rentenberechtigten Waisen oder mit Kindern, die einen Anspruch auf eine Kinderrente der AHV oder IV begründen, 1500 Franken übersteigen; bei Ehegatten ohne Anspruch auf Ergänzungsleistungen wird das Erwerbseinkommen zu 80 Prozent angerechnet; bei invaliden Personen mit einem Anspruch auf ein Taggeld der IV wird es voll angerechnet;
- b. Einkünfte aus beweglichem und unbeweglichem Vermögen einschliesslich des Jahreswerts einer Nutzniessung oder eines Wohnrechts oder des Jahresmietwerts einer Liegenschaft, an der die Bezügerin oder der Bezüger oder eine andere Person, die in die Berechnung der Ergänzungsleistungen eingeschlossen ist, Eigentum hat und von mindestens einer dieser Personen bewohnt wird;
- c. ein Fünfteil, bei Altersrentnerinnen und Altersrentnern ein Zehntel des Reinvermögens, soweit es bei alleinstehenden Personen 30 000 Franken, bei Ehepaaren 50 000 Franken und bei rentenberechtigten Waisen sowie bei Kindern, die einen Anspruch auf eine Kinderrente der AHV oder IV begründen, 15 000 Franken übersteigt; hat die Bezügerin oder der Bezüger oder eine Person, die in die Berechnung der Ergänzungsleistungen eingeschlossen ist, Eigentum an einer Liegenschaft, die mindestens von einer dieser Personen bewohnt wird, so ist nur der 112 500 Franken übersteigende Wert der Liegenschaft beim Vermögen zu berücksichtigen;
- d. Renten, Pensionen und andere wiederkehrende Leistungen, einschliesslich der Renten der AHV und der IV;
- e. Leistungen aus Verpfändungsvertrag und ähnlichen Vereinbarungen;
- f. Familienzulagen;
- g. [Aufgehoben]
- h. familienrechtliche Unterhaltsbeiträge;
- i. die Prämienverbilligung für die Zeitspanne, für die rückwirkend eine Ergänzungsleistung ausgerichtet wird.

Gemäss dem neuen Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a ELG wird das Erwerbseinkommen bei Ehegatten ohne Anspruch auf Ergänzungsleistungen (EL) neu zu 80 Prozent statt zu zwei Dritteln angerechnet.

Der Wortlaut dieser Bestimmung weicht teilweise vom Entwurf des Bundesrates ab. Dieser hatte vorgeschlagen, das Erwerbseinkommen des Ehegatten ohne EL-Anspruch vollumfänglich anzurechnen (BBI 2016 7504).

2.2 Art. 1 OHV

Nach Artikel 45 Absatz 3 OHG kann der Bundesrat von der Regelung im ELG abweichen, um der besonderen Situation des Opfers und seiner Angehörigen Rechnung zu tragen. Der

Bundesrat hat von seiner Kompetenz Gebrauch gemacht, indem er namentlich Artikel 1 der Opferhilfeverordnung (OHV; SR 312.51) gemäss folgendem Wortlaut erlassen hat.

Art. 1 Grundsatz und Ausnahmen

1 Die anrechenbaren Einnahmen bestimmen sich nach Artikel 11 Absätze 1 und 3 des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2006 über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) und den dazugehörigen Vorschriften des Bundes.

2 In Abweichung von Absatz 1 gilt Folgendes:

a. Zu zwei Dritteln anzurechnen sind nach Abzug eines Freibetrags im Sinne von Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a ELG:

1. die Einnahmen nach Artikel 11 Absatz 1 Buchstaben d–h ELG,

2. die jährliche Ergänzungsleistung nach Artikel 9 Absatz 1 ELG.

b. Das Reinvermögen ist zu einem Zehntel anzurechnen, soweit es das Doppelte der massgebenden Freibeträge nach Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe c ELG übersteigt.

c. Die Hilflosenentschädigungen der Sozialversicherungen sind nicht anrechenbar.

3 Analyse

3.1 Hinweis zu den Auslegungsmethoden

Gemäss Lehre¹ und Rechtsprechung ist das Gesetz in erster Linie gemäss dem Wortlaut auszulegen. Wenn das Ergebnis juristisch eindeutig ist, die rechtlichen Begriffe beim Lesen des Wortlauts unmissverständlich sind, dann ist die Rede von einem klaren Wortlaut, von dem grundsätzlich nicht abgewichen werden darf. Wenn der Wortlaut hingegen juristisch nicht klar ist, muss er mittels der historischen, systematischen und teleologischen Methode ausgelegt werden.

Es besteht keine Prioritätsordnung zwischen diesen Methoden. Das Bundesgericht spricht eher von einem Methodenpluralismus. Die Auslegung erfolgt jedoch nach einer bestimmten Reihenfolge: In einem ersten Schritt wird der Wortlaut untersucht. Ist er mehrdeutig, wird nach der Entstehungsgeschichte der Norm gefragt, nach ihrem Ursprung und der daraus folgenden Praxis. Dann wird ihre systematische Stellung im Kontext erörtert. Wenn aus den Ergebnissen kein Schluss gezogen werden kann, wird in der teleologischen Auslegung nach dem Zweck der Regelung gefragt. Bei jedem dieser Schritte muss beurteilt werden, ob die Anwendung einer Methode im Verhältnis zum resultierenden Ergebnis begründet ist. In vielen Urteilen begnügt sich das Bundesgericht nicht mit der Feststellung, dass sich ein bestimmtes Ergebnis aus dem klaren Wortlaut oder den Materialien ergibt. Es bestätigt das Ergebnis auch durch die Überprüfung nach den anderen Methoden oder es stellt fest, dass nur eine Methode zu einem eindeutigen Ergebnis führt.

3.2 Auslegung von Art. 1 Abs. 1 OHV

Gemäss dem Wortlaut von Artikel 1 Absatz 1 OHV bestimmen sich die anrechenbaren Einnahmen im Bereich der Opferhilfe nach Artikel 11 Absätze 1 und 3 ELG und den dazugehörigen Vorschriften des Bundes. Die OHV enthält folglich einen direkten Verweis auf die Absätze 1 und 3 von Artikel 11 ELG in ihrer Gesamtheit.

¹ Moor, Flückiger und Martenet, Droit administratif, Volume I, Les fondements, S. 127–133, Bern 2012.

3.3 Auslegung von Art. 1 Abs. 2 OHV

Gestützt auf seine Rechtsetzungsbefugnisse (Art. 45 Abs. 3 OHG) ist der Bundesrat in Artikel 1 Absatz 2 OHV wie folgt vom ELG abgewichen:

- Art. 1 Abs. 2 Bst. a Ziff. 1 OHV: Die anrechenbaren Einnahmen nach Artikel 11 Absatz 1 Buchstaben d–h ELG sind nach Abzug eines Freibetrags im Sinne von Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a ELG zu zwei Dritteln anzurechnen. Es handelt sich dabei um folgende Einnahmen: die Renten, Pensionen und anderen wiederkehrenden Leistungen, einschliesslich der Renten der AHV und der IV (Bst. d), die Leistungen aus Verpfändungsvertrag und ähnlichen Vereinbarungen (Bst. e), die Familienzulagen (Bst. f) und die familienrechtlichen Unterhaltsbeiträge (Bst. h).
- Art. 1 Abs. 2 Bst. a Ziff. 2 OHV: Die jährliche EL nach Artikel 9 Absatz 1 ELG wird zu zwei Dritteln angerechnet.
- Art. 1 Abs. 2 Bst. b OHV: Das Reinvermögen ist zu einem Zehntel anzurechnen, soweit es das Doppelte der massgebenden Freibeträge nach Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe c ELG übersteigt.²
- Art. 1 Abs. 2 Bst. c OHV: Die Hilflosenentschädigungen der Sozialversicherungen sind nicht anrechenbar.

Der Bundesrat hat jedoch keine Ausnahme in Bezug auf Artikel 11 Absatz 1 Buchstaben a, b, c und i ELG vorgesehen.

Vor diesem Hintergrund ergibt die grammatikalische Auslegung von Artikel 1 Absatz 2 OHV, dass die Bestimmungen von Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a ELG auch für die Opferhilfe gelten, da der Bundesrat keine Ausnahmen vorgesehen hat. Insbesondere:

- werden zwei Drittel der Erwerbseinkünfte in Geld oder Naturalien angerechnet, soweit sie bei alleinstehenden Personen jährlich 1000 Franken und bei Ehepaaren und Personen mit rentenberechtigten Waisen oder mit Kindern, die einen Anspruch auf eine Kinderrente der AHV oder IV begründen, 1500 Franken übersteigen;
- wird das Erwerbseinkommen bei Ehegatten ohne Anspruch auf EL zu 80 Prozent angerechnet;
- wird das Erwerbseinkommen bei invaliden Personen mit einem Anspruch auf ein Taggeld der IV voll angerechnet.

Dieselben Erwägungen gelten für Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe b ELG: Da der Bundesrat keine Ausnahmen erlassen hat, gilt Buchstabe b auch im Bereich der Opferhilfe. Die Einkünfte aus beweglichem und unbeweglichem Vermögen werden bei der Berechnung der anrechenbaren Einnahmen folglich vollumfänglich angerechnet (und nicht zu zwei Dritteln).³

Der neue Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe i ELG seinerseits gilt vollumfänglich für die Opferhilfe. Insbesondere wird die Prämienverbilligung für die Zeitspanne, für die rückwirkend eine

² Bei der Revision des ELG wurde der Betrag der Franchisen angepasst. Wie der Bundesrat in der Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung ausgeführt hat (BBl 2016 7465, hier 7553), kann die stärkere Berücksichtigung des Vermögens bei der Regelung der anrechenbaren Einnahmen dazu führen, dass in Einzelfällen die Voraussetzungen für Kostenbeiträge oder eine Entschädigung nicht mehr gegeben sind.

³ Die Änderung im ELG hat keinen Einfluss auf die Opferhilfe. In der Botschaft des Bundesrates zur Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (BBl 2016 7465, hier 7536 f.) wird nämlich präzisiert, dass die Anrechnung des Mietwerts als Einnahme aus Transparenzgründen in Art. 11 Abs. 1 Bst. b ELG aufgenommen wurde. Die Anpassung hat hingegen keine materiellen Auswirkungen.

EL ausgerichtet wird, bei der Berechnung der anrechenbaren Einnahmen vollumfänglich angerechnet.

4 Fazit

Die Prüfung von Artikel 1 OHV gemäss dem Wortlaut führt zu einer juristisch eindeutigen Auslegung. Aus dem Verordnungstext geht eindeutig hervor, wie der Bundesrat von seinen Rechtsetzungsbefugnissen (Art. 45 OHG) Gebrauch gemacht hat, um von bestimmten Bestimmungen des ELG abzuweichen. Wenn der Bundesrat keine Ausnahme erlassen hat, gelten die übrigen Bestimmungen des ELG auch für die Opferhilfe.

Die historische Auslegung zeigt ausserdem, dass der Bundesrat die Auswirkungen der EL-Reform auf die Opferhilfe in seiner Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (BBl 2016 7465, hier 7553) geprüft hat. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, dass die stärkere Berücksichtigung des Vermögens bei der Regelung der anrechenbaren Einnahmen dazu führen kann, dass in Einzelfällen die Voraussetzungen für Kostenbeiträge oder eine Entschädigung nicht mehr gegeben sind. Der Bundesrat vertrat die Auffassung, dass diese Änderung und weitere kleinere Änderungen bei der Berechnung der Einnahmen nach Artikel 11 ELG nur geringe Auswirkungen auf die Opferhilfe haben. Die systematische und die teleologische Auslegung ihrerseits liefern keine klaren Anhaltspunkte, die für ein Abweichen vom Wortlaut des Gesetzes sprechen.

Vor diesem Hintergrund führt die Auslegung des Wortlauts von Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a ELG in Verbindung mit Artikel 1 OHV zum Ergebnis, dass das Erwerbseinkommen bei Ehegatten ohne Anspruch auf EL zu 80 Prozent (und nicht zu zwei Dritteln) angerechnet wird. Die anderen Auslegungsmethoden führen nicht zu einem Ergebnis, das ein Abweichen vom Wortlaut des Gesetzes zulässt. Vielmehr scheint die historische Methode die grammatikalische Auslegung des Gesetzes zu bestätigen. Die stärkere Berücksichtigung des Vermögens des Ehegatten ohne EL-Anspruch bei der Regelung der anrechenbaren Einnahmen kann dazu führen, dass in Einzelfällen die Voraussetzungen für Kostenbeiträge oder eine Entschädigung nicht mehr gegeben sind oder dass ein tieferer Betrag gewährt wird.



Note

Date :	19 février 2021
À :	Conférence suisse des offices de liaison LAVI (CSOL-LAVI)
Copie à :	-

Numéro du dossier : 382-3423

Avis à l'intention de la CSOL-LAVI concernant l'interprétation du nouvel art. 11 LPC en lien avec l'art. 1 OAVI

1 Présentation de la problématique

Pour déterminer si une victime ou un proche a droit à une contribution aux frais pour l'aide à plus long terme ou à une indemnité, la loi fédérale sur l'aide aux victimes d'infractions (LAVI; RS 312.5) se réfère au montant destiné à la couverture des besoins vitaux ainsi qu'au calcul des revenus déterminants selon la loi fédérale sur les prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI (LPC; RS 831.30). Seuls ont droit à de telles prestations les victimes et les proches dont les revenus déterminants ne dépassent pas le quadruple du montant destiné à la couverture des besoins vitaux selon la LPC (art. 6, al. 1, LAVI). Les revenus déterminants de l'ayant droit sont calculés sur la base de ses revenus probables après l'infraction, conformément à l'art. 11 LPC (art. 6, al. 2, LAVI).

La LPC et l'ordonnance sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (RS 831.301; OPC) ont fait l'objet d'une réforme. Les textes législatifs révisés sont entrés en vigueur le 1^{er} janvier 2021.

Sur demande de la CSOL-LAVI, la présente note a pour but de déterminer la portée de la modification de l'art. 11, al. 1, let. a, LPC sur l'aide aux victimes.

2 Présentation des dispositions légales

2.1 Art. 11, al. 1, LPC

L'art. 11, al. 1, LPC dans sa nouvelle teneur se présente comme suit. Les parties en jaune correspondent aux modifications intervenues suite à la réforme susmentionnée.



Art. 11 Revenus déterminants

1 Les revenus déterminants comprennent:

- a. deux tiers des ressources en espèces ou en nature provenant de l'exercice d'une activité lucrative, pour autant qu'elles excèdent annuellement 1000 francs pour les personnes seules et 1500 francs pour les couples et les personnes qui ont des enfants ayant droit à une rente d'orphelin ou donnant droit à une rente pour enfant de l'AVS ou de l'AI; **pour les conjoints qui n'ont pas droit aux prestations complémentaires, le revenu de l'activité lucrative est pris en compte à hauteur de 80 %;** pour les personnes invalides ayant droit à une indemnité journalière de l'AI, le revenu de l'activité lucrative est intégralement pris en compte;
- b. **le produit de la fortune mobilière et immobilière, y compris la valeur annuelle d'un usufruit ou d'un droit d'habitation ou la valeur locative annuelle d'un immeuble dont le bénéficiaire de prestations complémentaires ou une autre personne comprise dans le calcul de ces prestations est propriétaire, et qui sert d'habitation à l'une de ces personnes au moins;**
- c. un quinzième de la fortune nette, un dixième pour les bénéficiaires de rentes de vieillesse, dans la mesure où elle dépasse **30 000 francs** pour les personnes seules, **50 000 francs** pour les couples et 15 000 francs pour les orphelins et les enfants donnant droit à des rentes pour enfant de l'AVS ou de l'AI; si le bénéficiaire de prestations complémentaires ou une autre personne comprise dans le calcul de ces prestations est propriétaire d'un immeuble qui sert d'habitation à l'une de ces personnes au moins, seule la valeur de l'immeuble supérieure à 112 500 francs entre en considération au titre de la fortune;
- d. les rentes, pensions et autres prestations périodiques, y compris les rentes de l'AVS et de l'AI;
- e. les prestations touchées en vertu d'un contrat d'entretien viager ou de toute autre convention analogue;
- f. les allocations familiales;
- g. **[Abrogée]**
- h. les pensions alimentaires prévues par le droit de la famille;
- i. **la réduction des primes accordée pour une période pour laquelle des prestations complémentaires sont attribuées avec effet rétroactif.**

Le nouvel art. 11, al. 1, let. a, LPC prévoit désormais que pour les conjoints qui n'ont pas droit aux prestations complémentaires (PC), le revenu de l'activité lucrative est pris en compte à hauteur de 80 % et non aux deux tiers.

La teneur de cette disposition s'écarte en partie du projet du Conseil fédéral. Ce dernier proposait en effet la prise en compte intégrale des revenus de l'activité lucrative du conjoint n'ayant pas droit aux PC (FF 2016 7288).

2.2 Art. 1 OAVI

Aux termes de l'art. 45, al. 3, LAVI, le Conseil fédéral peut déroger aux dispositions prévues par la LPC afin de prendre en compte la situation particulière de la victime et de ses

proches. Le Conseil fédéral a fait usage de son pouvoir en adoptant notamment l'art. 1 de l'ordonnance sur l'aide aux victimes (OAVI; RS 312.51) dont la teneur est la suivante.

Art. 1 Principe et exceptions

1 Les revenus déterminants se calculent selon l'art. 11, al. 1 et 3, de la loi du 6 octobre 2006 sur les prestations complémentaires (LPC) et les dispositions fédérales y relatives.

2 En dérogation à l'al. 1:

a. sont pris en compte aux deux tiers, après déduction d'un montant librement disponible selon l'art. 11, al. 1, let. a, LPC:

1. les revenus selon l'art. 11, al. 1, let. d à h, LPC

2. la prestation complémentaire annuelle selon l'art. 9, al. 1, LPC.

b. les revenus déterminants comprennent un dixième de la fortune nette, dans la mesure où celle-ci dépasse le double du montant librement disponible selon l'art. 11, al. 1, let. c, LPC;

c. les allocations pour impotents des assurances sociales ne sont pas prises en compte.

3 Analyse

3.1 Rappel des méthodes d'interprétation

Selon la doctrine¹ et la jurisprudence, la loi s'interprète en premier lieu selon sa lettre. Si le résultat obtenu est juridiquement univoque, s'il n'y a aucune ambiguïté dans les notions juridiques données par la lecture du texte, on parle d'un texte clair, et la conséquence en est qu'en principe, on ne saurait s'en écarter. Dans le cas contraire, lorsque le sens littéral du texte n'est pas juridiquement clair, il faut l'interpréter en recourant aux méthodes historique, systématique et téléologique.

Il n'existe aucun ordre de priorité entre ces méthodes. Comme le dit le Tribunal fédéral, il s'agit plutôt d'une pluralité de méthodes. Cependant, la démarche suit un certain ordre: commençant par analyser le texte, elle se poursuit, en cas d'ambiguïté, en établissant l'histoire de la norme, son origine et la pratique consécutive, et son contexte systématique, et se réfère finalement à des considérations téléologiques dans la mesure où les résultats atteints ne permettent pas par eux-mêmes de conclusion. A chacune de ces étapes, il faut procéder à une évaluation du bien-fondé de la méthode employée par rapport au résultat qu'elle produit. Dans beaucoup de ses arrêts, le Tribunal fédéral ne se contente pas de constater que tel résultat découle par exemple du texte clair ou des travaux préparatoires mais le consolide en le vérifiant également selon les autres méthodes, ou bien constate que seule telle méthode offre un résultat sans ambiguïté.

3.2 Interprétation de l'art. 1, al. 1, OAVI

Selon la teneur grammaticale de l'art. 1, al. 1, OAVI, cette disposition prévoit que dans le domaine de l'aide aux victimes les revenus déterminants se calculent selon l'art. 11, al. 1 et 3, LPC et les dispositions fédérales y relatives. L'OAVI contient ainsi un renvoi direct aux al. 1 et 3 de l'art. 11 LPC dans leur entier.

¹ Moor, Flückiger et Martenet, Droit administratif, volume I, les fondements, p. 127 à 133, Berne 2012.

3.3 Interprétation de l'art. 1, al. 2, OAVI

Sur la base de la délégation législative en faveur du Conseil fédéral (art. 45, al. 3, LAVI), ce dernier a adopté à l'art. 1, al. 2, OAVI les dérogations suivantes à la LPC :

- Art. 1, al. 2, let. a, ch. 1, OAVI : les revenus au sens de l'art. 11, al. 1, let. d à h, LPC sont pris en compte aux deux tiers, après déduction d'un montant librement disponible selon l'art. 11, al. 1, let. a, LPC. Il s'agit des revenus suivants : les rentes, pensions et autres prestations périodiques, y compris les rentes de l'AVS et de l'AI (let. d), les prestations touchées en vertu d'un contrat d'entretien viager ou de toute autre convention analogue (let. e), les allocations familiales (let. f) et les pensions alimentaires prévues par le droit de la famille (let. h).
- Art. 1, al. 2, let. a, ch. 2, OAVI : la PC annuelle selon l'art. 9, al. 1, LPC est prise en compte aux deux tiers.
- Art. 1, al. 2, let. b, OAVI : les revenus déterminants comprennent un dixième de la fortune nette dans la mesure où celle-ci dépasse le double du montant librement disponible selon l'art. 11, al. 1, let. c, LPC².
- Art. 1, al. 2, let. c, OAVI : les allocations pour impotents des assurances sociales ne sont pas prises en compte.

En revanche, le Conseil fédéral n'a prévu aucune dérogation en ce qui concerne les lettres a, b, c et i de l'art. 11, al. 1, LPC.

Au vu de ce qui précède, l'interprétation grammaticale de l'art. 1, al. 2, OAVI permet de déterminer qu'en l'absence de dérogations de la part du Conseil fédéral aux règles prévues à l'art. 11, al. 1, let. a, LPC, celles-ci s'appliquent aussi dans le domaine de l'aide aux victimes. En particulier :

- les ressources en espèces ou en nature provenant de l'exercice d'une activité lucrative sont prises en compte aux deux tiers, pour autant qu'elles excèdent annuellement 1000 francs pour les personnes seules et 1500 francs pour les couples et les personnes qui ont des enfants ayant droit à une rente d'orphelin ou donnant droit à une rente pour enfant de l'AVS ou de l'AI ;
- pour les conjoints qui n'ont pas droit aux PC, le revenu de l'activité lucrative est pris en compte à hauteur de 80 % ;
- pour les personnes invalides ayant droit à une indemnité journalière de l'AI, le revenu de l'activité lucrative est intégralement pris en compte.

Les mêmes considérations valent pour l'art. 11, al. 1, let. b, LPC : en l'absence de dérogations de la part du Conseil fédéral, la let. b s'applique aussi dans le domaine de l'aide aux victimes. Le produit de la fortune mobilière et immobilière est ainsi intégralement pris en compte dans le calcul des revenus déterminants (et non pas aux deux tiers)³.

² Avec la révision de la LPC, le montant des franchises a été adapté. Comme indiqué par le Conseil fédéral dans le message relatif à la modification de la loi sur les prestations complémentaires (FF 2016 7249, 7337), la prise en compte d'une part accrue de la fortune dans les revenus déterminants peut, dans certains cas, conduire à ce que les conditions prévues pour l'octroi d'une contribution aux frais ou d'une indemnisation ne soient plus remplies.

³ La modification intervenue dans la LPC n'a pas d'impact sur l'aide aux victimes. Le message du Conseil fédéral relatif à la modification de la loi sur les PC (FF 2016 7249, 7320 s.) précise en effet que la prise en compte de la valeur locative au titre de revenu déterminant a été inscrite à l'art. 11, al. 1, let. b, LPC pour des raisons de transparence. Cette modification n'a par contre pas de conséquences matérielles.

Quant au nouvel art. 11, al. 1, let. i, LPC, il s'applique aussi dans son entier dans le domaine de l'aide aux victimes. En particulier, la réduction des primes accordée pour une période pendant laquelle des PC sont attribuées avec effet rétroactif est prise en compte intégralement dans le calcul des revenus déterminants.

4 Conclusions

L'examen de l'art. 1 OAVI selon sa lettre amène à une interprétation juridiquement univoque. Le texte de l'ordonnance indique sans ambiguïté comment le Conseil fédéral a fait usage de sa compétence législative (art. 45 LAVI) pour déroger à certaines dispositions de la LPC. A défaut de dérogation adoptée par le Conseil fédéral, les autres dispositions de la LPC s'appliquent en tant que telles en matière d'aide aux victimes.

L'interprétation historique montre en outre que les effets de la réforme des PC sur l'aide aux victimes ont été examinés par le Conseil fédéral dans son message relatif à la modification de la loi sur les prestations complémentaires (FF 2016 7249, 7337). Dans ce contexte, il a été constaté que la prise en compte d'une part accrue de la fortune dans les revenus déterminants peut, dans certains cas, conduire à ce que les conditions prévues pour l'octroi d'une contribution aux frais ou d'une indemnisation ne soient plus remplies. Le Conseil fédéral a estimé que cette modification et les autres modifications mineures apportées au calcul des revenus selon l'art. 11 LPC n'avaient que peu de conséquences sur l'aide aux victimes. Les méthodes systématique et téléologique ne donnent pour leur part pas d'indications claires qui permettraient de s'écarter du texte de la loi.

Au vu de ce qui précède, l'interprétation du texte de l'art. 11, al. 1, let. a, LPC en lien avec l'art. 1 OAVI conduit au résultat que pour les conjoints qui n'ont pas droit aux PC, le revenu de l'activité lucrative est pris en compte à hauteur de 80 % (et non pas aux deux tiers). Les autres méthodes d'interprétation ne conduisent pas à un résultat permettant de s'écarter du texte de la loi. Au contraire, la méthode historique tend à consolider l'interprétation grammaticale de la loi. La prise en compte d'une part accrue des revenus du conjoint n'ayant pas droit aux PC peut ainsi, dans certains cas, conduire à ce que les conditions prévues pour l'octroi d'une contribution aux frais ou d'une indemnisation ne soient plus remplies ou à l'octroi d'un montant plus bas.